

Keine rechtsextremistisch motivierte Straftat sollte unentdeckt oder ungeahndet bleiben

Zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichts erklärt **Irene Fröhlich**, innenpolitische Sprecherin der Landtagsfraktion:

Der vorgelegte Verfassungsschutzbericht ist genau so erschreckend wie die Medienberichte über die rechten Szenen in Schleswig-Holstein. Wir können es nicht zulassen, dass Menschen in unserem Land öffentlich bedroht werden. Trotzdem halte ich Organisationsverbote, wie sie von Gewerkschaftlern gefordert werden, nur bedingt als Lösungsinstrument geeignet. Der Bericht zeigt, dass aufgrund der Organisationsstrukturen derartige Verbote offenbar nicht zu einer Schwächung der Neonazi- und Skinheadszenen beitragen.

Ich halte es vielmehr für wichtig, eventuell vorhandene Dunkelziffern zu erhellen und ein besonderes Augenmerk auf die Verfolgung von Straftaten, insbesondere der Gewalttaten zu richten. Keine rechtsextremistisch motivierte Straftat sollte unentdeckt oder unaufgeklärt bleiben. Gewalt aus Überlegenheitsideologien heraus, begangen von einer gut organisierten Gruppe stellt eine besondere Bedrohung für unsere Gesellschaft dar. Obwohl die Zahl der (entdeckten) rechtsextremistischen Straftaten

zurückgegangen ist, lassen die dokumentierte steigende verbale Radikalität und die zunehmend aggressive Grundstimmung in diesen Kreisen nicht den Schluss zu, dass der Trend sich fortsetzen wird. Die vorhandenen rechtlichen Mittel müssen konsequent ausgeschöpft werden.

Darüber hinaus darf nicht vergessen werden, dass die Gesellschaft zeigen muss, was sie von den Parolen der Neonazis hält. Ob es sinnvoll ist, einzelne Akteure dieser Szene in den Mittelpunkt des Protestes zu rücken, mag dahingestellt sein. Die Menschen in Schleswig-Holstein sind aufgerufen, Solidarität zu zeigen, wo Mitbürgerinnen und Mitbürger bedroht sind.
